

Richtungswahl

Fokus Die grüne Welle hat die Energiewende lanciert
Output Wahlen 2023: Umweltrating schafft Klarheit

Personen und nicht nur Parteien entscheiden die Energiezukunft

Entgegen einiger Unkenrufe hat die grüne Welle bei den letzten eidgenössischen Wahlen wichtige Weichen für die erneuerbare Energiezukunft und eine klimabewusste Umweltpolitik gestellt.



Markus Unterfinger
Leiter Kommunikation

Liebe Leserinnen und Leser

Damit hat diese wacklige Allianz doch und endlich die Energiewende eingeleitet. Gebremst wurde der progressivere Nationalrat vom Ständerat, in dem weiterhin die alten Parteiverhältnisse spielten und ökologische Anliegen zurückgestutzt wurden. Paradox war dabei die Rolle der Mitte-Partei, die über die ganze Legislatur gesehen weniger umweltfreundlich gestimmt hat, als in der Legislatur zuvor. Doch die wichtigsten Vorlagen wie die Förderung der Erneuerbaren, das Klimaschutzgesetz, der Solar- oder der Windexpress sind dank der Unterstützung von Mitte- und progressiven FDP-Politiker:innen zusammen mit SP, Grüne, GLP und EVP zustande gekommen. Dies zeigt unsere Bilanz der Legislatur 2019 – 2023 im Fokus. Und deshalb gilt für die Wahlen diesen Herbst und für alle Parteien: **Wählen Sie die energie- und umweltpolitisch progressiven Kräfte in den National- und den Ständerat.**

Dank dem Umwelt-Rating können Sie sich schnell und einfach von fast allen Kandidat:in-

nen ein präzises Bild machen. Denn nur wenn es gelingt, die knappe Mehrheit im Nationalrat zu halten, wird das Tempo der Energiewende hochgehalten. Und sollte auch im Ständerat der eine oder andere Sessel umweltbewusster besetzt werden, dann wäre die Energiewende endgültig auf Kurs.

Fakt heute ist jedoch, dass die Wahlprognosen in die andere Richtung zeigen. Dass uns wohl eine erneute Atom-Initiative bevorsteht. Dass die Windkraft bekämpft wird und der Solarexpress stockt.

Daher ist aus Sicht der SES die Kernfrage bei den eidgenössischen Wahlen 2023:

Aufbruch in eine verantwortungsvolle Energiezukunft oder zögernd zurück in die umweltschädigende Verhinderungspolitik?

Ich wünsche Ihnen eine aufschlussreiche Lektüre.

Impressum
Energie & Umwelt
Nr. 3/2023

Herausgeberin
Schweizerische
Energie-Stiftung SES
Sihlquai 67,
8005 Zürich,
044 275 21 21,
energiestiftung.ch

Spendenkonto
80-3230-3,
IBAN-Nr. CH69 0900
0000 8000 3230 3

Produktionsleitung
Valentin Schmidt

Redaktion
Simon Banholzer **SB**
Doris Elmer **DE**
Nils Epprecht **NE**
Léonore Hälgi **LH**
Katja Jent **KJ**
Fabian Lüscher **FL**
Valentin Schmidt **vs**
Markus Unterfinger **MU**
Thomas Wälchli **TW**

Korrektorat:
comtexto AG, Zürich
Gestaltung: dna.work
Illustration Titelseite:
fischerdesign.ch
Druck: Ropress, Zürich
(klimaneutral und mit
Ökostrom gedruckt)
Papier: Refutura Blauer
Engel FSC-Recycling
Auflage: 9 733 Ex.,
erscheint 4x jährlich

Abdruck mit Einholung
einer Genehmigung und
unter Quellenangabe
und Zusendung eines
Belegexemplars an die
Redaktion erwünscht.
E&U-Artikel von
externen Autor:innen
können und dürfen
von der SES-Meinung
abweichen.

Panorama



Wetterdebatte in aufgeheiztem Klima

Obwohl wir dieses Jahr praktisch ununterbrochen mit Waldbränden, extremen Hochwasserereignissen, rekordhohen Meeresoberflächentemperaturen oder Hitzewellen konfrontiert sind, taucht im medialen Sommerloch der Vorwurf auf, staatliche Medien würden mit übertriebenen Temperaturprognosen im Wahljahr eine Klimakampagne fahren. Dabei warnen führende Wissenschaftler:innen seit Jahrzehnten, dass die Wahrscheinlichkeit und die Häufigkeit von extremen Wetterereignissen mit der Klimaerwärmung deutlich zunimmt – was wir nun Jahr für Jahr beobachten. Die Auswirkungen sind verheerend, etwa für den Mittelmeerraum, dessen Landwirtschaft und Tourismus stark darunter leidet. Es geht längst um die Bewohnbarkeit von jahrtausendealten Kulturräumen. Es geht um wirtschaftliche Existenzen und um die Gesundheit der betroffenen Bevölkerung. Und nicht um einzelne Wetterphänomene, die man kleinreden kann. Orientieren wir uns an Fakten, nicht an Polemik – speziell, wenn wir diesen Oktober Politiker:innen ins Parlament wählen, die es ernst meinen mit Klimaschutzmassnahmen. **TW**

Bilder: Kelly Sikkema/unsplash.com, Zytglogge Verlag, solaragentur.ch

Klimaschutz und Energiesicherheit

Nach seinem Solarplan in Buchform von 2019 hat Nationalrat und Energieexperte Roger Nordmann ein neues, lesenswertes Buch zur Dekarbonisierung der Schweiz geschrieben. Darin zeigt er detailliert auf, wie die Schweiz bis 2050 netto null erreichen kann, und skizziert einen Pfad, wie wir in allen Sektoren, insbesondere in der Industrie, CO2-frei werden. Dabei setzt Nordmann weiterhin vorwiegend auf die Solarenergie und synthetisches Gas, produziert aus den Stromüberschüssen des Sommers. Weil das nicht gratis zu haben ist, empfiehlt er zur Finanzierung des Umbaus auch die Klimafondsinitiative der SP und der Grünen. SES-Mitglieder können das Buch bei uns zum Vorzugspreis erwerben. Mail an: info@energiestiftung.ch. **NE**



«Klimaschutz und Energiesicherheit», Roger Nordmann, Zytglogge

Deutschlands Klimabilanz verbessert

Nach der Abschaltung der letzten deutschen AKW ist der deutsche Strommix gemäss dem Fraunhofer-Institut nicht schmutziger geworden. Im ersten Halbjahr 2023 ging die Kohlestromproduktion in Deutschland sogar um mehr als einen Fünftel zurück. Der Blick über die Grenze zeigt, dass ein geplanter Atomausstieg nicht direkt zu gewaltigen Zusatzemissionen führen muss. Dies ist nicht zuletzt deshalb bemerkenswert, weil in Frankreich reihenweise alte AKW ungeplant ausfielen und deutsche Kraftwerke die Produktionslücken überbrücken mussten. Die AKW-Probleme in Frankreich verursachten so massive Zusatzemissionen. Dass der deutsche Strommix dennoch sauberer ist, als im Vorjahr, hängt in erster Linie damit zusammen, dass deutlich weniger Strom verbraucht wurde. Hinzu kommt, dass in Europa immer mehr erneuerbarer Strom produziert wird, was sich positiv auf die CO2-Bilanz der deutschen Stromimporte auswirkt. **FL**



Dieses Plusenergie-Mehrfamilienhaus in Poschiamo (GR) weist einen Solarstromüberschuss von rund 37 000 Kilowattstunden pro Jahr auf.

Gebäudepark: von der Energieschleuder zum Energieproduzenten

Heute zeichnet der Gebäudepark in der Schweiz für etwa 40% des gesamten Energiebedarfs verantwortlich. Der Wirtschaftsverband aee suisse zeigt in einer neuen Publikation auf, wie dieser Bedarf im Gebäudebereich halbiert und die Energieproduktion in bzw. auf Gebäuden auf bis zu 70 TWh erhöht werden kann. Auch die Gebäudedirektorenkonferenz der Kantone erarbeitet neue Mustervorschriften im Energiebereich (MuKE), die auf dem Konzept des Gebäudes als «Energie-Hub» beruhen. Somit bahnt sich ein echter Paradigmenwechsel an: Das Gebäude der Zukunft wird mehr Energie produzieren, als es verbraucht. Für eine ganzheitliche Betrachtung fehlt aber noch die graue Energie. Der Schweizerische Ingenieur- und Architektenverein SIA entwickelt aktuell einen «Klimapfad» für Gebäude, der strenge Anforderungen an Neubauten und Sanierungen bezüglich der (grauen) Treibhausgas-Emissionen von Bau, Betrieb und der mit dem Gebäude verbundenen Mobilität enthält. Die SES empfiehlt, dass zusätzlich auch passende Sufizienzmassnahmen wie z.B. eine Reduktion des Wohnflächenbedarfs pro Kopf zum Einsatz kommen, die den Energiebedarf weiter reduzieren. **TW**



Warum neue Reaktortypen leere Versprechen sind

Die Atomindustrie basiert gegenwärtig auf einigen wenigen Reaktorkonzepten. Bisher konnte sich kein alternatives Konzept gegen die althergebrachten Siede- und Druckwasserreaktoren durchsetzen – auch wenn Durchbrüche immer wieder angekündigt wurden. Gleichzeitig stehen grosse Versprechungen für neuartige Atomkraftwerke im Raum.



Dieter Kuhn
Experimentalphysiker UZH, SES-Stiftungsrat

Einige Stimmen möchten auf ganz neue Reaktorkonzepte setzen. Andere möchten die alten Reaktorkonzepte kleiner denken und modular konstruieren, um die Baukosten zu senken. Was ist von diesen Versprechen zu halten?

Neue Reaktorkonzepte

Man verlangt lautstark eine «vorurteilslose Beurteilung» der Frage, ob eine «neue Generation» von AKW uns die Probleme des Klimawandels nicht vom Hals schaffen könne. Anscheinend

haben diese «neuen» AKW alle Nachteile der «alten» AKW nicht mehr und dafür den angeblichen Vorzug, sicher und zuverlässig CO₂-freien Bandstrom zu liefern. Wo also sind diese «unproblematischen» AKW, wegen denen man ein bereits erlassenes «Technologieverbot» zurücknehmen soll?

Ich habe mir sechs der meistgenannten Konzepte genauer angesehen. Sie unterscheiden sich von heutigen Modellen etwa durch die Wahl des Kühlmittels, die Geschwindigkeit der zur Kernspaltung genutzten Neutronen,



Das erste schwimmende AKW, die russische «Akademik Lomonossov», im Jahr 2019.

die Dampftemperatur oder andere Aspekte, die alle jeweils Vor- und Nachteile mit sich bringen. Ungeachtet des Konzepts lässt sich sagen, dass es den «problemlosen Reaktor» schlicht nicht gibt.

Noch entscheidender scheint mir die Tatsache, dass der Entwicklungsstand aller sechs Reaktorkonzepte sehr weit von einer Nutzung für die Stromproduktion im industriellen Massstab entfernt ist. Die Konzepte konkurrieren sich teilweise, benötigen Forschungs- und Entwicklungsaufwand usw.

Small Modular Reactors (SMR)

Kleine modulare Reaktoren tauchen immer wieder als angebliche Lösung unserer Klimaprobleme auf: Die Firma Westinghouse stützt sich auf eine bereits jetzt weit verbreitete Technologie, während eine Stiftung von Bill Gates einen Bautyp mit flüssigem Natrium anstrebt. Aber auch hier führt ein genauer Blick auf Entwicklungsstand und Perspektive für SMR schnell zu Ernüchterung.

SMR sind nicht das Ei des Kolumbus, im Gegenteil. Je stärker sich ein neues Konzept von bisherigen Anlagen unterscheidet, desto länger dürfte es dauern, bis ein SMR Baureife erreicht. Selbst beim russischen Reaktorschiff «Akademik Lomonossov» dauerte es vom Baubeginn 2007 bis zur Inbetriebnahme 2020 etwa 13 Jahre. Und das, obwohl der Reaktortyp als Antrieb von Eisbrechern und einem Frachtschiff hinlänglich bekannt und erprobt war.

Bildlich gesprochen: Wenn die heute üblichen Reaktorkonzepte die Spatzen in der Hand sind, dann sind die neuartigen Konzepte oder die Pläne für kosteneffiziente SMR allenfalls Tauben auf einem sehr, sehr weit entfernten Dach.

Zusammenarbeiten steht an erster Stelle

Bei der Energiewende und dem Schutz der Biodiversität stehen für den WWF der Dialog und die gemeinsame Suche nach Lösungen im Vordergrund.



Ion Karagounis
Verantwortlicher neue Wirtschaftsmodelle, WWF Schweiz.

Weniger Energie verbrauchen. Keine Eingriffe in geschützte Gebiete. Nicht fliegen. Wenn es um wirksame Massnahmen zum Schutz der

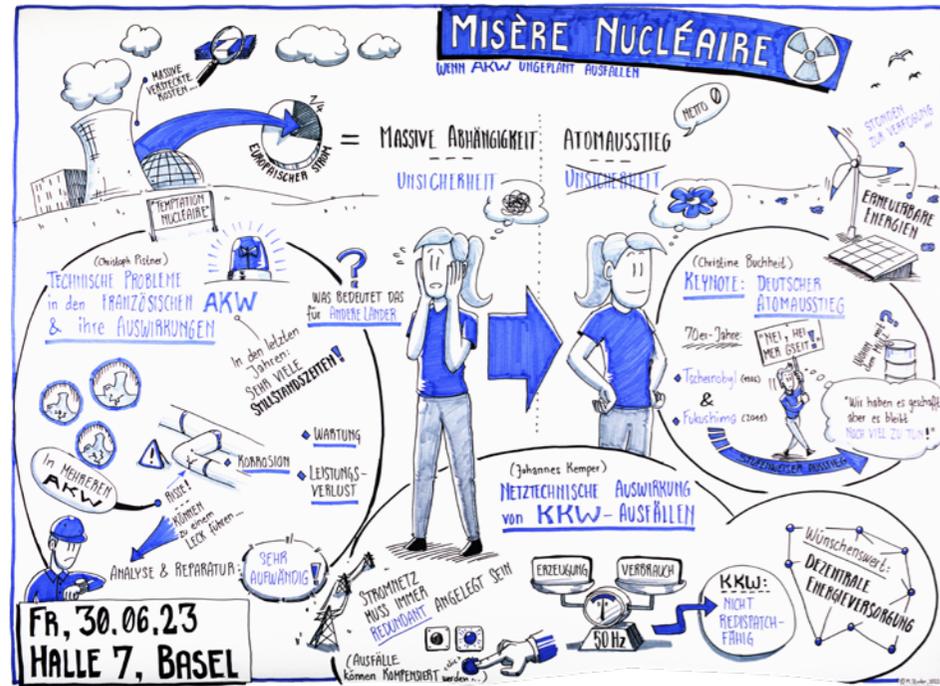
Umwelt geht, beginnen viele Forderungen mit weniger, kein oder nicht.

Doch wer das ausspricht, macht sich unbeliebt. Kein Wunder, überlassen die meisten Menschen die unangenehmen Botschaften den Umweltorganisationen. Entsprechend tragen sie den Ruf der Neinsager. Schnell sind die Schuldigen gefunden, wenn es mit einem Projekt nicht vorwärtsgeht, wie jetzt wieder bei der Energiewende.

Dabei ist das Gegenteil der Fall. Wir benutzen das Nein so wenig wie möglich. Wir suchen den Dialog sowie Lösungen, die der Umwelt nützen und den Menschen gleichzeitig einen Handlungsspielraum lassen. Drei Beispiele zur Energiewende zeigen das:

- Der WWF steht hinter den Ergebnissen des «Runden Tisches Wasserkraft», bei dem alle betroffenen Akteure 15 Wasserkraftprojekte bezeichnet haben, die prioritär vorangetrieben werden sollen.
- Zurzeit diskutiert die Politik Möglichkeiten, um die Bewilligungsverfahren für Grossprojekte zu beschleunigen, zum Beispiel für den Bau von Anlagen zur Energiegewinnung. Der WWF begrüsst das Anliegen. Verfahren, die sich über Jahre hinziehen, dienen niemandem.
- Das Beschwerderecht ermöglicht es dem WWF, gegen ein Bauvorhaben zu rekurrieren. Doch das Beschwerderecht ist kein Vetorecht. Es kann lediglich dazu beitragen, dass die geltenden Gesetze eingehalten werden. Entscheide fallen immer die Behörden oder Richter:innen. Der WWF braucht das Recht äusserst zurückhaltend. Dies zeigt die Statistik für das Jahr 2022: Nur gerade 14 Fälle wurden richterlich beurteilt. Dabei hat der WWF in mehr als 90 Prozent der Fälle eine Verbesserung für die Natur erreicht. Acht Beschwerden wurden ganz oder teilweise gutgeheissen, weitere fünf führten zu Projektveränderungen oder zu einvernehmlichen Lösungen. Lediglich eine Beschwerde wurde abgelehnt.

Unser Ziel ist es, einen Weg zu finden, der die Energiewende und den Schutz der Biodiversität gleichzeitig ermöglicht. Wir verwenden nur einen kleinen Teil unserer Arbeitszeit für die Prüfung von Bauprojekten und die Beschwerdetätigkeit. Stattdessen setzen wir uns für bessere politische Rahmenbedingungen ein, engagieren uns zusammen mit unseren Firmenpartnern für eine Ökologisierung der Wirtschaft oder realisieren konkrete Umweltschutzprojekte im In- und im Ausland. Denn wir erhalten Spenden und Mitgliederbeiträge, um Dinge zu ermöglichen, und nicht, um sie zu verhindern. Nein zu sagen, macht auch uns keinen Spass.



Rückblick: Veranstaltung «Misère Nucléaire»

Am 30. Juni hat die SES in Basel die Veranstaltung «Misère Nucléaire: Wenn AKW ungeplant ausfallen» ausgerichtet. Zahlreiche Besucher:innen haben die Referate und die Diskussionen mitverfolgt und sich aktiv eingebracht.

Die Umweltbürgermeisterin der Stadt Freiburg i.Brsg, Christine Buchheit, erläuterte, wie der deutsche Atomausstieg vor dem Hintergrund der europäischen Energie- und Stromdebatte zu verorten ist. Dr. Christoph Pistner, Abteilungsleiter für Nukleartechnik und Anlagensicherheit am Öko-Institut Darmstadt, ordnete die französischen AKW-Ausfälle sicherheitstechnisch ein. Als Fachreferent für Stromversorgungssicherheit beleuchtete Johannes Kemper die Bedeutung von Atomkraftwerken für die Versorgungssicherheit aus der Perspektive der Bundesnetzagentur. Die Veranstaltung wurde von Illustrator Michel Studer in einem Graphic Recording festgehalten. Dieses gibt die zentralen Argumente wieder.



→ Bilder, Referate und weitere Informationen: www.energiestiftung.ch/veranstaltungen

Personelles



Léonore Hälg wird während ihres Mutterschaftsurlaubs durch Lukas Braunreiter vertreten.

Die SES erhält Nachwuchs! **Léonore Hälg**, Leiterin Fachbereich erneuerbare Energien und Klima, hat diesen Sommer ihren Mutterschaftsurlaub angetreten und im August ihr zweites Kind geboren. Alle sind wohl auf. Auf der Geschäftsstelle wird die Expertise im Bereich Erneuerbare und Klima bis Ende Jahr von **Lukas Braunreiter** übernommen. Der 33-Jährige weist neben einem Master of Science in Environmental Policy and Management einen ETH-Dokortitel in Umweltsystemwissenschaften auf. Zuletzt war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Innovation & Entrepreneurship der ZHAW tätig.

Die SES freut sich über diesen Zuwachs! Wir wünschen Léonore Hälg und ihrer jungen Familie alles Gute und freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Lukas Braunreiter.



Andri Gigerl und Dominik Waser unterstützen die SES.

Die Energiepolitik ist in Bewegung. Aufgrund der hohen Arbeitslast erhält die Geschäftsstelle vorübergehend weiteren Zuwachs bzw. Unterstützung: Der Zürcher Gemeinderat und Klimaaktivist **Dominik Waser** und der aus der SES-Videoserie «Fakten auf den Tisch» bekannte ETH-Student und Klimaaktivist **Andri Gigerl** greifen der SES im Kommunikationsbereich diesen Sommer und Herbst unter die Arme. Vielen Dank und herzlich willkommen.

Immer wichtiger: Regelung des digitalen Nachlasses

Die Digitalisierung schreitet unaufhaltsam voran. Sie hat unser Leben grundlegend verändert.

Kommunikation findet über Apps und E-Mail-Dienste statt, Zahlungen werden via E-Banking erledigt, Ferienfotos auf sozialen Medien geteilt. Auch sehr zurückhaltende Menschen hinterlassen digitale Spuren über den Tod hinaus. Deshalb gehört zur Nachlassplanung auch die Regelung der digitalen Hinterlassenschaft. Fehlt diese, kann die nachträgliche Aufarbeitung für Angehörige sehr mühselig sein. Insbesondere weil viele Vertragspartner im Ausland angesiedelt sind und eine rechtliche Durchsetzung von Ansprüchen schwierig wäre.

Viele Menschen tun sich schwer mit dem Gedanken an den eigenen Tod und dem damit

verbundenen Nachlass. Auch die vermeintlich aufwendigen administrativen Arbeiten auf dem Weg zum Testament schrecken viele ab. Die notwendige Planung findet nicht statt und bei der digitalen Hinterlassenschaft fehlt die Sensibilisierung häufig erst recht. Dies zum Nachteil der Angehörigen, die später mühsam den digitalen Spuren der Verstorbenen nachgehen und Zugangsdaten und aktuelle Verträge zusammentragen müssen. Beim Tod einer Person ist nicht nur die Hinterlassenschaft in Form von materiellen Gütern wie Geld oder Immobilien wichtig, sondern immer häufiger auch der digitale Nachlass.

Fundraising Digitalen Nachlass regeln

Um Ihnen die administrative Seite der Nachlassregelung einfacher zu machen, stellt die SES auf ihrer Website (auch analog bestellbar) eine Übersicht der wichtigsten Punkte der digitalen Nachlassregelung zur Verfügung. Ausserdem gibt es dort einen Link auf die unabhängige Plattform «Dein Adieu», wo Sie Vorlagen für Testament (unter Berücksichtigung der korrekten Pflichtanteile), Patientenverfügung und Vorsorgeauftrag finden.

Gerne unterstütze ich Sie bei Fragen zu (digitalen) Nachlass Themen mit Informationen.



Doris Elmer
Leiterin institutionelles und individuelles Fundraising
044 275 21 28,
doris.elmer@energiestiftung.ch



→ Digitaler Nachlass:
www.energiestiftung.ch/erbschaft-und-legat

Bilder: Michel Studer, SES



Zum Glück nur einmal sprachlos

18. Juni, Mittag: Gleich muss ich im Fernsehen eine erste Reaktion abgeben, obwohl noch nicht klar ist, ob das Klimaschutzgesetz angenommen wird. Die Kunst besteht also darin, möglichst nichts zu sagen. Und trotzdem – oder gerade deswegen – habe ich mir Gedanken gemacht. Zu viele, wie schnell klar wird. Gäbe es einen Nein-Trend, wäre ich für einmal sprachlos – und müsste trotzdem etwas in die Kamera sagen. Bei einem Nein hätte ich dann wirklich nicht mehr gewusst, wie Klimapolitik in der Schweiz noch gelingen soll.

Rückblende: Nach der knappen Ablehnung des CO₂-Gesetzes vor zwei Jahren haben wir uns rasch aufgerafft und als breite politische Allianz einen Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative gezimert. Dazu analysierten wir auch die Gründe des Neins vom 13. Juni 2021. Wir setzten also auf staatliche Investitionen und legten den Fokus auf zwei zentrale Massnahmen: Heizungsersatz und Innovationsförderung.

Das Ende ist schnell erzählt: Zwei Jahre später gibt es kurz nach 12 Uhr bereits einen deutlichen Ja-Trend. Und bald schon wird klar, dass die Klimaschutz-Allianz an der Urne rundweg abräumen wird. Die Freude und Erleichterung sind riesig. Denn auf diesem Ja können wir aufbauen: Erstmals hat sich damit ein Land in einer Volksabstimmung zum Netto-Null-Ziel bekannt. Und auch der Investitionsansatz für den ökologischen Umbau kommt an. Erleichtert bin ich zudem, dass trotz riesiger Fake-News-Kampagne am Ende Fakten obsiegt.

18. Juni, Vorabend: Erleichtert und müde komme ich heim. Kaum entdeckt mich die Tochter noch in der Maske, sagt sie: «Mama, mach das im Gesicht bitte weg ... Und gell: Das Klima hat gewonnen?»

Da bin ich an diesem Abstimmungssonntag dann doch noch ... sprachlos!

Nadine Masshardt
SES-Stiftungsratspräsidentin und SP-Nationalrätin

Die grüne Welle hat die Energiewende lanciert.

Die Wahlen 2019 haben im Nationalrat eine Mitte-Links-Mehrheit geschaffen, die wichtige Energievorlagen durchgebracht hat. Doch im Ständerat wurde gebremst. Die Bilanz: Die Energiewende wurde lanciert, der Umweltschutz hat gelitten und es wären grössere Schritte möglich gewesen.



Nils Epprecht Geschäftsleiter
Léonore Hälg Leiterin Fachbereich erneuerbare Energien und Klima
Thomas Wälchli Leiter Fachbereich Energiesuffizienz und Klima
Fabian Lüscher Leiter Fachbereich Atomenergie

Am Anfang war gährende Leere. Im Schatten der Diskussionen ums CO₂-Gesetz und die Klimastreiks spielte das Energiethema praktisch keine Rolle. Die SES trat mit dem Slogan «Klimapolitik ist Energiepolitik» auf den Plan und trug die Botschaft, den Ausbau der Erneuerbaren als zentrales Element für die CO₂-Emissionsreduktion nicht zu vergessen, ins Parlament. Denn das 2017 angenommene erste Massnahmenpaket der Energiestrategie beschrieb in erster Linie nur die Zeit bis ins Jahr 2022.

Bundesrätin Sommaruga schüttete bereits seit 2020 markant mehr Geld für die Erneuerbaren aus. Damit stieg der erneuerbare Ausbau jährlich auf

deutlich über 1 Terawattstunde. Ende 2020 legte sie die Eckwerte für eine Revision des Energie- und Stromversorgungsgesetzes vor. Der sogenannte Mantelerlass sollte den Ausbau der Erneuerbaren ankurbeln. Doch bis die Vorlage vom Bundesrat verabschiedet und vom Ständerat beraten wurde, vergingen sage und schreibe eineinhalb Jahre.

Im Nationalrat taten sich deshalb Kräfte von Grünen, SP, GLP, Mitte, EVP und FDP zusammen und schnürten mit der parlamentarischen Initiative des Grünen Bastien Girod ein Übergangsgesetz, das die Förderung für alle Erneuerbaren bis 2030 verlängerte. Nebenbei schloss die Initiative auch eine von der

SES bemängelte Lücke, um grosse Solaranlagen auf Dächern und Infrastrukturen zu fördern. Hier hatte die Schweiz bisher viel Potenzial liegen gelassen. Die parlamentarische Initiative wurde noch 2021 von beiden Räten verabschiedet und trat 2023 in Kraft. Sie sorgt seither für Kontinuität und Investitionssicherheit beim Ausbau der Erneuerbaren. Für grosse Solaranlagen wurden dieses Jahr erste Fördergelder auktioniert. Wie erfolgreich das Instrument ist, wird sich noch zeigen müssen.

Im Spätsommer 2022 fand die Beratung des Mantelerlasses im Ständerat unter der Drohkulisse einer Energiemangellage statt. Vor dem Hintergrund der

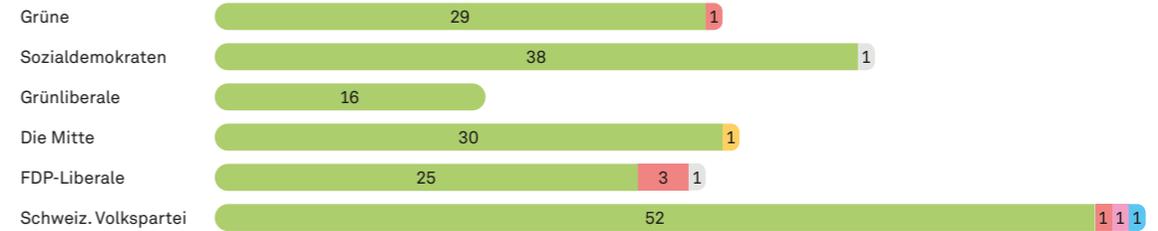
Die Pa. Iv. Girod fand klare Mehrheiten über alle Parteien hinweg.

Ja Nein Enthalten Nicht teilgenommen Entschuldigt Präsident:in

Erneuerbare Energien einheitlich fördern (Pa. Iv. Girod)

Einmalvergütung auch für Biogas, Kleinwasserkraft, Wind und Geothermie: Energiegesetz (EnG), 1.10.2021

Nationalrat



Ständerat



Noch vor der Energiekrise in Folge des Ukraine-Kriegs fand der Ausbau der erneuerbaren Energien im Parlament klare Mehrheiten – von den Grünen bis hin zu Mitte und FDP.

Gasengpässe, verursacht durch den Ukraine-Krieg, und dem breitflächigen Ausfall französischer AKW prangerten die Medien die jahrelange Untätigkeit der Politik an.

Parallel zu den ersten Beratungen des Mantelerlasses wurde deshalb unter der Führung der ständerätlichen FDP und Mitte in Windeseile der sogenannte «Solarexpress» durchs Parlament gepeitscht und praktisch einstimmig angenommen. Er wurde bereits 2023 in Kraft gesetzt. Der Solarexpress kürzt die Bewilligungsverfahren für alpine Solaranlagen massiv – bis zu einer Schwelle von total 2 Terawattstunden und sofern sie bis Ende 2025 ans Netz gehen.

Genau diese zeitliche Befristung führt seither dazu, dass die anfängliche Goldgräberstimmung der Projektanten zunehmend der Ernüchterung weicht, da die Frist sehr, sehr knapp bemessen ist. Umgekehrt wird der planungsrechtliche Dambruch, den Kritiker:innen heraufbeschworen, kaum eintreten. Ausgewählte alpine Solaranlagen dürften in ein paar Jahren dank dem Solarexpress wertvollen Winterstrom produzieren. Parallel zum Solarexpress gleiste die Nationalratsallianz aus der Initiative Girod den «Windexpress» auf. Bis zu einer Schwelle von total 600 Megawatt profitieren Windanlagen von erleichterten Bewilligungsverfahren. Die SVP

lehnte die Vorlage zwar ab, verkündete jedoch, auf ein Referendum zu verzichten. Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe war offen, ob radikale Landschaftsschützer wie Freie Landschaft Schweiz noch Unterschriften sammeln würden.

Auch der Bundesrat sicherte ab Herbst 2022 die Stromproduktion ab. Mit einem 250-Megawatt-Gaskraftwerk in Birr und einer 400-Gigawattstunden-Wasserkraftreserve in den Stauseen. Kostenpunkt: eine dreiviertel Milliarde. Gebrauchte wurde im letzten Winter keine einzige zusätzliche Kilowattstunde, doch die Massnahmen erhöhten die Versorgungssicherheit und beruhigten die Gemüter.

Derweil gingen auch die Beratungen im Mantelerlass weiter und werden in der Septembersession dieses Jahr abgeschlossen. Das zweite Massnahmenpaket der Energiestrategie beinhaltet mittlerweile zahlreiche Neuerungen. Unter anderem werden die Ausbauziele für die Erneuerbaren bis 2035 gegenüber heute mehr als verdreifacht und risikoärmere Förderinstrumente sowohl im Bereich der Solar-Kleinanlagen als auch

allen anderen Erneuerbaren eingeführt. Auf lokaler Ebene werden Energiegemeinschaften begünstigt. Finanziell werden Voraussetzungen geschaffen, die in den nächsten Jahren hohe Förderleistungen des Bundes ermöglichen. Allerdings wird an vielen Stellen auch der Naturschutz tangiert. Wie stark ist noch immer Stand der Verhandlungen. Immer wieder wurden in den Beratungen insbesondere vom Ständerat Provokationen gefahren, die für eine Umweltorganisation schwer verdaulich sind. Offen ist auch noch, ob ein Solarstandard für Dächer und Fassaden und Vorgaben und Zielvorgaben für das Energiesparen eingeführt werden. Von diesen Entscheidungen wird letztendlich auch abhängen, ob gegen die Vorlage noch das Referendum ergriffen wird. Fest steht: Der Mantelerlass ist für den Ausbau der Erneuerbaren und eine vollständig erneuerbare Energieversorgung ein Meilenstein.

CO2-Emissionen: Cha-cha-cha, ein Schritt zurück, einer vorwärts, einer zur Seite.

Beim Klima startete die Legislatur auf Feld eins. Die Totalrevision des CO2-Gesetzes war in der vorangegangenen Legislatur an der Verwässerungstaktik der damaligen SVP-FDP-Mehrheit grandios gescheitert und wurde in der Schlussabstimmung abgelehnt. Bereits im Wahljahr 2019 wurde die Neuauflage aufgelegt, und von der neuen Mehrheit im Nationalrat zu einem griffigen CO2-Gesetz erweitert. Das Gesetz erlitt jedoch an der Urne Schiffbruch.

Im Neuanlauf zimmerte der Nationalrat einen Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative. Im Klimaschutz-Gesetz, wurde das Ziel der Gletscher-Initiative übernommen, bis 2050 in der Schweiz netto null Treibhausgase auszustossen. Im Lichte der schmerzlich aufgezeigten Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten wurde ausserdem ein Programm eingefügt, mit dem fossile Heizungen schneller er-

setzt werden sollen. Wiederum stimmten dem Vorschlag alle Parteien ausser der SVP zu, die das Referendum ergriff. Dass das Stimmvolk dieses Mal jedoch der «Klimamehrheit» des Parlaments folgte, kommt klimapolitisch einem versöhnlichen Abschluss der Legislatur gleich.

Wie es weitergeht, ist offen. Die ständerätliche Kommission hat mittlerweile mit der Beratung des eigentlichen CO2-Gesetzes – und damit der dritten Neuauflage innert fünf Jahren – begonnen. Bundesrätin Sommaruga hatte Mitte 2022 eine Vorlage präsentiert, die viel stärker auf Förderung emissionsarmer Technologien als auf Abgaben auf fossile Anwendungen basiert. Doch in vielen Sektoren bleibt nach wie vor unklar, wie der im Klimaschutz-Gesetz beschlossene CO2-Absenkepfad erreicht werden soll. Griffige Massnahmen fehlen bislang weitestgehend und werden vom neu zusammengesetzten Parlament beschlossen werden müssen.

Auch Bundesrat Rösli, der in der Zwischenzeit das Ruder im UVEK von Sommaruga übernommen hat, hat bisher keine Vorschläge präsentiert. Im Gegenteil wird er das Klimaschutz-Gesetz erst auf Anfang 2025 in Kraft setzen und kurbelt mit einer Vorlage zum Autobahnausbau den – noch immer überwiegend fossilen – motorisierten Individualverkehr an. Rösli will im UVEK vor allem die Stromproduktion steigern. Sein Slogan lautet: «Klimapolitik fängt mit Energiepolitik an.» Bemerkst? Es handelt sich um fast denselben Slogan, wie ihn die SES vor vier Jahren verwendete – doch unter völlig veränderten Vorzeichen. Drohte 2019 der Ausbau der Erneuerbaren in Vergessenheit zu geraten, wird die Klimadebatte heute zunehmend nur noch darauf reduziert.

Energiesparen: Weniger ist eben doch nicht immer mehr

Womit wir beim Energiesparen angelangt wären. Zwar haben Politik, Verwaltung und

Das Klimaschutzgesetz, das von der Stimmbevölkerung 2023 klar angenommen wurde, fand auch im Parlament in der Schlussabstimmung eindrücklich klare Mehrheiten.



Ja Nein Enthalten Nicht teilgenommen Entschuldigt Präsident:in

Indirekter Gegenentwurf zur Gletscher-Initiative (Pa.Iv. UREK-NR)

Netto-Null-Treibhausgasemissionen bis 2050: Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz (KIG), 30.9.2022

Nationalrat



Ständerat

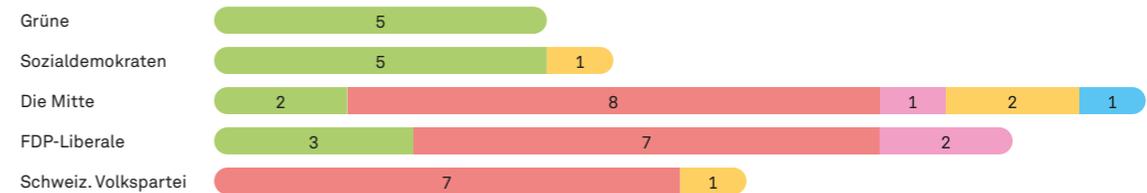


Der Ständerat erweist sich bei der Energieeffizienz als Bremser. Entsprechende Forderungen im Mantelerlass fanden im Juni 2023 keinen Zuspruch im bürgerlichen Lager.

Mantelerlass Sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien

Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien, 1.6.2023

Ständerat



Wirtschaft viel über Energieeinsparungen gesprochen. Dies mündete beispielsweise in der Energiespar-Kampagne «www.nicht-verschwenden.ch» des Bundes und in der Energiespar-Alliance zwischen Bund, Privatwirtschaft und Verbänden, in der sich auch die SES engagiert. Im milden Winter 2022/23 wurden schliesslich Stromeinsparungen von 3% erreicht, also

ungefähr 1 Terawattstunde. Das ursprüngliche Ziel von 10% weniger Stromverbrauch wurde klar verfehlt. Die Bereitschaft zu konkreten, verbindlichen Massnahmen zum Energiesparen fehlt bisher weitgehend.

Neben dem noch umstrittenen Energiesparartikel im Mantelerlass, der die Stromversorger verpflichtet, zusammen mit ihren Kunden in der

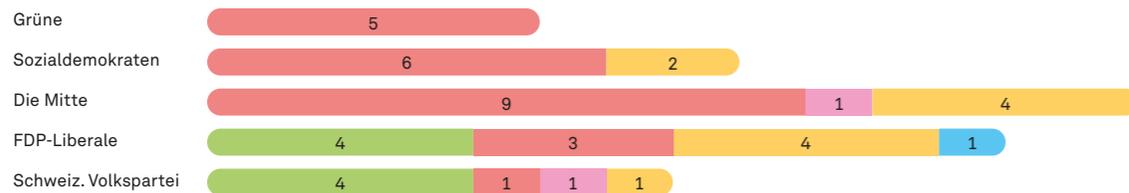
Grundversorgung Energie zu sparen, hat das Parlament in den vergangenen Jahren nichts Konkretes verabschiedet. Dies ganz im Unterschied zu unseren Nachbarländern oder zu einzelnen Kantonen, in denen Verzichtsauctionen durchgeführt oder Stromsparboni ausbezahlt wurden.

Angenommen hat das Parlament 2022 eine Motion



Motion Knecht
Aufhebung des Verbots, Rahmenbewilligungen für Kernkraftwerke zu erteilen, 16.06.2022

Ständerat



von Mitte-Ständerat Othmar Reichmuth, die die Bundesverwaltung auffordert zu ermitteln, wie Energie durch Verhaltensänderung eingespart werden könnte. Das Ergebnis ist noch ausstehend. Hinzu kommen ein paar angenommene Vorstösse im Bereich der Potenzialabschätzung.

Der Bundesrat hat sich wiederholt negativ zu griffigen Vorschlägen geäussert. Über Grüne, SP und GLP hinaus fanden diese nur vereinzelt Unterstützung bei Exponent:innen von Mitte oder FDP – und damit keine Mehrheit.

«Weniger ist mehr», das findet die SES ja durchaus auch – aber bei der Energieeffizienz- und -suffizienz darf es schon «no es bizeli meh sii». Trotz Angst um Strommangel ist Energiesparen ausserhalb von

Kampagnen kaum Thema. Das neu zusammengesetzte Parlament ist aufgefordert, hier einen Schwerpunkt zu setzen.

Atom: Kommen die 00er-Jahre zurück?

Zuerst das Positive: Das Verbot für neue AKW wird die Legislatur höchstwahrscheinlich überdauern. Nicht weniger als vier Motionen versuchten, die vom Volk 2017 verankerte Bestimmung in der letzten Legislatur rückgängig zu machen. Zwei davon haben mit einigen Ausnahmen über die SVP hinaus keine Unterstützung gefunden. Zwei weitere werden noch verhandelt, aber vom Bundesrat zur Ablehnung empfohlen. Auch bei den Beratungen zum Mantelerlass gab es zahlreiche Versuche seitens der SVP auf

den Ausstiegsentscheid von 2017 zurückzukommen. Doch sie fanden ausserhalb der SVP kaum Zustimmung.

Dies obwohl Magdalena Martullo-Blocher bereits im Sommerloch 2021 und nach dem Nein zum CO2-Gesetz neue AKW als Lösung für sinkende CO2-Emissionen portierte. Dies obwohl in den Medien zeitweise eine fulminante AKW-Euphorie verzeichnet werden musste – negativer Presse aus dem Ausland zum Trotz, wo das AKW Saporischschja zum Sicherheitsrisiko für ganz Europa zu werden drohte, reihenweise französische AKW ungeplant und auf unbestimmt ausfielen oder die wenigen europäischen Neubauprojekte mit massiven Kosten- und Zeitüberschreitungen Schlagzeilen machten. Dies obwohl die FDP in einer Resolu-

Ja Nein Enthalten Nicht teilgenommen Entschuldigt Präsident:in

Bei der Atomkraft blieben Angriffe auf das Neubauverbot chancenlos, wie die Abstimmung zur Motion Knecht im Ständerat (Grafik 1) beispielhaft zeigt. Massnahmen für längere Laufzeiten der bestehenden AKW finden jedoch viel Zustimmung (Grafik 2).

Postulat FDP

Erhalt der bestehenden Kernkraftwerke als langfristige Option gegen eine Stromlücke, 08.03.2023

Nationalrat



tion 2022 Technologieoffenheit gegenüber AKW einforderte und mittlerweile auch die economie-suisse in diesen Chor eingestimmt hat.

Und dies obwohl der neue Energieminister Röstli unverhohlen Atomkraftwerke befürwortet. Sein Fokus gilt vorläufig jedoch den bestehenden Atomkraftwerken. Die Absichten seiner Vorgängerin Leuthard, die AKW rund 50 Jahre laufen zu lassen, sind Schnee von gestern. Längst schielen diverse Akteure auf 80 Jahre Laufzeit, wie sie in den USA zwar vereinzelt bewilligt wurden, zu denen aber weltweit keinerlei Erfahrungen existieren. Was für ein Klumpenrisiko die Abhängigkeit von einem alternden Reaktorpark ist, konnte letzten Winter in Frankreich beobachtet werden. Ein Vorstoss der FDP, Finanz-

helfen für bestehende AKW aufzugleisen, wurde im Nationalrat in diesem Frühjahr von einer Mehrheit aus den Fraktionen von Mitte, GLP, SP und Grünen abgelehnt. Der Vorstoss war insofern paradox, als dass die AKW-Betreiberfirmen gar nicht nach Hilfe gerufen hatten und im Gegenteil angesichts rekordhoher Strompreise rekordverdächtige Gewinne einstrichen.

Doch wer glaubt, damit sei der Atomausstieg gesichert, wird spätestens nach den Wahlen Augen machen. Noch im Wahlherbst wird der von Mäzenen getragene Energie Club Schweiz eine teuer zusammengekaufte Atominitiative zur Streichung des Neubauverbots einreichen und die Diskussionen im Parlament neu lancieren. Ob die bisherige Parlamentsmehrheit, die lieber rasch günstige

Erneuerbare zubaut, anstatt an teure Atomversprechungen am St. Nimmerleinstag zu glauben, hält, ist fraglich. Und so könnte die nächste energiepolitische Abstimmung wieder eine atompolitische sein. Mehr Fantasie braucht es, sich neue AKW in der Schweiz vorzustellen. Im Unterschied zu den 00er-Jahren lehnen Strombranche und Bevölkerung bislang einen Neubau klar ab.

Unter dem Strich: ein absturzgefährdetes Plus

Wird auch der Mantelerlass noch zufriedenstellend abgeschlossen, fällt die energiepolitische Bilanz der Legislatur 2019 bis 2023 positiv aus – eine Feststellung, die für die Umweltpolitik insgesamt leider nicht gilt (vgl. Output S.15). Die «grüne Welle» von 2019 hat quer durch alle Parteien dazu geführt, dass die Promotor:innen der Energiewende gestärkt wurden. Angesichts der schweren Krisen der fossilen und nuklearen Energieträger im letzten Herbst und Winter, ist jedoch erstaunlich, dass der Weg zu netto null Treibhausgasen und der Atomausstieg nicht stärker beschleunigt worden ist. Auch mit den neuen Gesetzen bleibt vieles erst angedacht und muss erst umgesetzt werden. Für das tatsächliche Resultat im Strommix und in der CO2-Bilanz muss das neu gewählte Parlament den eingeschlagenen Weg fortsetzen. Doch es droht der Backlash: Ein atomarer Wiedereinstieg – und sei es auch nur auf dem Papier – steht in direkter Konkurrenz zum Ausbau der Erneuerbaren und dem Energiesparen. Er würde die sich endlich beschleunigende Energiewende massiv verzögern und damit schlussendlich auch die Abhängigkeit von ausländischen fossilen Energiequellen verlängern. Die Wahlen 2023 werden zu einer energiepolitischen Richtungswahl: mit Tempo in die Zukunft – oder zurück in eine schmutzige und umweltschädigende Verhinderungspolitik.

Trotz Solar-Rekord im Hintertreffen

Die Schweiz hat 2022 so viel Solarenergie ans Netz gebracht wie noch nie zuvor. Trotzdem liegt sie im europaweiten Vergleich der neuen Erneuerbaren Wind und Sonne weit zurück.



Léonore Hälgi
Leiterin Fachbereich erneuerbare Energien und Klima

«Die Schweiz verpasst den Anschluss», «Die Schweiz hinkt weiterhin hinterher» – alljährlich erhebt die Schweizerische Energie-Stiftung SES in einer Kurzstudie die Ausbauraten von Wind- und Solarstrom in Europa und sorgt damit für solch unschöne Schlagzeilen. Auch dieses Jahr haben wir die Pro-Kopf-Produktion von Sonnen- und Windenergie in der Schweiz und den 27 Staaten der Europäischen Union im Jahr 2022 verglichen und ein Länderranking erstellt. Wie im Vorjahr landet die Schweiz auf Platz 23, knapp vor Rumänien, Tschechien, Slowenien, der Slowakei und Lettland. Die Spitzenreiter Dänemark und Schweden produzieren pro Kopf sieben- bis achtmal mehr Solar- und Windenergie als die Schweiz. Im Vergleich mit acht umliegenden Ländern (siehe Grafik) landet die Schweiz auf dem vorletzten Platz. Hierzulande werden nur gerade 7 Prozent des Stromverbrauchs mit den beiden neuen erneuerbaren Technologien erzeugt. In Dänemark sind es 63 Prozent.

Deutliche Steigerung beim Solarstrom

Aber immerhin gibt es eine gute Nachricht: Die Schweiz verzeichnete 2022 einen Rekord im Solarausbau. Sie



hat total 3'900 Gigawattstunden Solarstrom produziert – umgerechnet 446 Kilowattstunden Solarstrom pro Kopf. Über 1'000 Gigawattstunden sind im letzten Jahr neu dazugekommen. Im Vergleich mit dem europäischen Umland liegt die Schweiz bei der Solarstromproduktion aber nach wie vor nur im Mittelfeld und wird von EU-Staaten mit geringerer Sonneneinstrahlung deutlich übertroffen. Hier steht die Niederlande an der Spitze. Sie produziert pro Person mehr als doppelt so viel Solarstrom wie die Schweiz. Auch Belgien und Deutschland übertreffen uns in der Solarstromproduktion. Doch vor allem der Ausbau der Windkraft stagniert hierzulande weitgehend, was massgeblich zum schlechten Resultat beiträgt.

Die Politik bewegt sich

Das eidgenössische Parlament hat erkannt, dass die Rahmenbedingungen für den Erneuerbaren-Ausbau verbessert werden müssen und ist zurzeit sehr aktiv in der Überarbeitung der Rahmenbedingungen für den Ausbau der Solar- und Windkraft (vgl. Fokus-Artikel auf S.8 in dieser Ausgabe). Um die gesetzten Ziele

zu erreichen, ist es nun wichtig, dass die Vorlagen ohne Referendum schnell umgesetzt werden können. So kann die Schweiz in den kommenden Jahren im Länderranking nach vorne rücken, sodass die Schlagzeile irgendwann heisst: «Die Schweiz, europäische Musterschülerin in Sachen Wind- und Sonnenenergie».

Studie

Ländervergleich 2022

Die Produktion von Solar- und Windenergie der Schweiz im europäischen Vergleich.



→ Zur Studie:
www.energiestiftung.ch/studien

Wahlen 2023: Umweltrating schafft Klarheit

Die Zusammensetzung des Eidgenössischen Parlaments hat wesentlichen Einfluss darauf, wie schnell die Energiewende vorankommt und die Schweiz ihren Anteil zur Lösung der Klimakrise beisteuert.



Simon Banholzer
Leiter Politik

Die Umweltallianz – ein Zusammenschluss der grossen Schweizer Umweltorganisationen Greenpeace, Pro Natura, VCS und WWF sowie der Alpen-Initiative, BirdLife und der Schweizerischen Energie-Stiftung SES – stellt mit dem Umweltrating zu den nationalen Wahlen jeweils Informationen über die Umweltfreundlichkeit der Parteien und der Kandidierenden zur Verfügung. Das soll keine Wahlempfehlung für eine bestimmte Partei sein – die SES arbeitet mit Exponent:innen aller Parteien zusammen. Vielmehr finden Sie im Umweltrating eine Bilanz der bisherigen Parlamentarier:innen und der Wahlversprechen der Kandidierenden, die in den einzelnen Kantonen für die Wahlen 2023 antreten. In

jeder Partei gibt es mehr oder weniger progressive Stimmen, was den Klimaschutz angeht. Auf die Zusammensetzung der Kantonsverter:innen kommt es an!

Erkenntnisse im Legislaturrückblick

Grüne, SP, EVP und GLP bleiben die umweltfreundlichsten Parteien im Parlament. Ihre Politiker:innen haben sich konsequent für Umwelthanliegen eingesetzt. Der Zuwachs an Sitzen dieser Parteien vor vier Jahren zeigte sich in mehr gewonnenen Umweltabstimmungen im Nationalrat im Vergleich zur vorherigen Legislatur.

Die Mitte und die FDP haben nur bei etwas mehr als einem Drittel der Vor-

lagen umweltfreundlich abgestimmt. In beiden Parteien sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedern des Nationalrats sehr gross. Die Mitte hat gegenüber der letzten Legislatur rund 13% Umweltfreundlichkeit eingebüsst, was vor allem auf ihr schlechtes Abschneiden bei Natur- und Artenschutzfragen zurückzuführen ist. Die FDP hingegen hat vor allem bei Klimafragen aufgeholt und legte insgesamt um 12% zu. Schlusslicht im Umweltrating bleibt die SVP, deren Vertreter:innen fast immer gegen Umwelthanliegen stimmten.

Der Ständerat hat an Umweltfreundlichkeit stark eingebüsst: Im Vergleich zur vorherigen Legislatur gingen mehr umweltrelevante Abstimmungen

verloren. Die Entwicklung, die sich bei FDP und Mitte im Nationalrat gezeigt hat, gilt auch für den Ständerat: Anders als in vorangehenden Legislaturen sind in den letzten vier Jahren viele Umwelthanliegen am Ständerat gescheitert, der damit viele Fortschritte des Nationalrats zunichtegemacht hat.

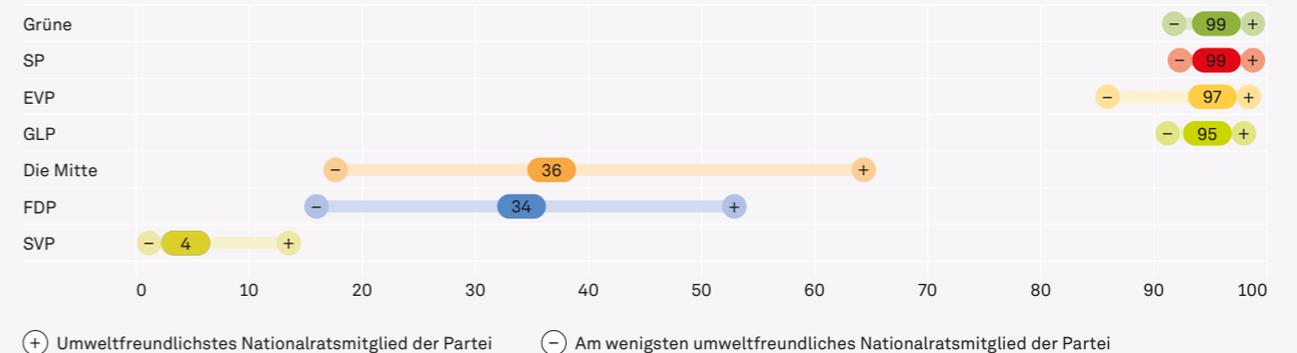
Ihre Stimme macht den Unterschied

Es lohnt sich, die Wahlversprechen der Kandidierenden in Ihrem Kanton zu prüfen. Machen Sie sich schlau und bringen Sie mit Ihrer Stimme die Energiewende voran! Die SES und das Klima danken.

→ umweltrating.ch

Umweltrating der Parteien 2019–2023

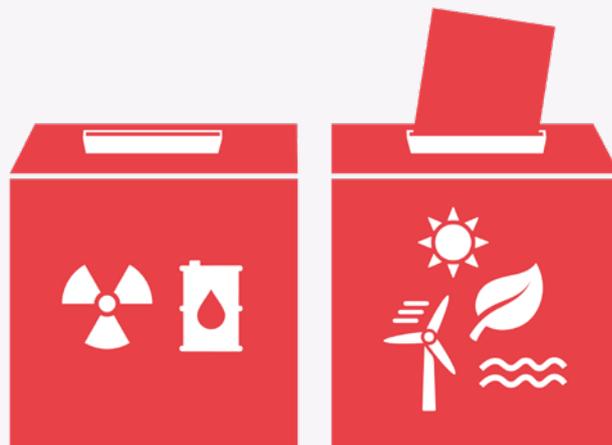
Durchschnittliche Umweltfreundlichkeit der Partei in Prozent (%)



Jetzt anmelden!

Richtungswahl für die Energiewende

SES-Politpodium 2023: Die Schweizerische Energie-Stiftung lädt einen Monat vor den eidgenössischen Wahlen zum interaktiven Politpodium ein. Sechs führende Energiepolitiker:innen der Schweiz stellen sich den kritischen Fragen der Moderatorin und des energieaffinen Publikums.



Das erste Mal seit der Reaktorkatastrophe von Fukushima dominiert die Energiepolitik die politischen Diskussionen vor den eidgenössischen Wahlen. Sie ist für den Urnengang vom 22. Oktober 2023 von mitentscheidender Bedeutung. Ausgelöst durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine steht die Energieversorgung Europas unter hohem Druck. Auch die Schweiz braucht rasch mehrheitsfähige Lösungen. Was wurde in der ablaufenden Legislatur erreicht? Wo herrscht Konsens bezüglich Energiewende im Bundeshaus? Was sind die grossen Streitpunkte? Wohin soll es nach den Wahlen gehen?

Unter der Leitung der Journalistin Nicoletta Cimmino diskutieren die führenden Energieexpert:innen der grossen Parteien:

Paul von Euw, Kantonsrat SVP/ZH
Matthias Jauslin, Nationalrat FDP/AG
Priska Wismer, Nationalrätin Mitte/LU
Barbara Schaffner, Nationalrätin GLP/ZH
Bastien Girod, Nationalrat GPS/ZH
Nadine Masshardt, Nationalrätin SP/BE

Teilnehmende vor Ort und im Livestream haben per Link die Möglichkeit Fragen zu stellen und ihre Meinung einzubringen.

SES-Politpodium 2023

Donnerstag, 21. September 2023
Kulturpark Zürich, 19.00 – 20.30 Uhr
Anschliessend Apéro



→ Detailprogramm und Anmeldung
www.energiestiftung.ch/veranstaltungen